



## **Niederschrift**

61. Plenarsitzung des Gemeinderates  
26. Februar 2019, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

15.

## **Punkt 14 der Tagesordnung: Pflege öffentlicher Grünflächen**

**Antrag: SPD**

**Vorlage: 2018/0890**

### **Beschluss:**

Verwiesen in den Sozialausschuss

### **Abstimmungsergebnis:**

keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 14 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Wir reden alle gern über Nachhaltigkeit und vergessen dabei, dass Nachhaltigkeit nicht nur ökologische Aspekte hat, sondern eine wesentliche Grundvoraussetzung der Nachhaltigkeit die soziale Nachhaltigkeit ist. Bei den Haushaltsberatungen war es uns deshalb wichtig, bei der notwendigen Grünflächenpflege die vielen Sozialunternehmen in der Stadt für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Im Vergleich zu anderen Städten in der Region haben wir in diesem Bereich noch starke Ausbaupotentiale. Als Stadt, die Inklusion ernst nimmt und umsetzen will, sind wir dieser Zielsetzung in ganz besonderer Weise verpflichtet. Für meine Fraktion war die Antwort der Verwaltung sehr zurückhaltend. Wir wünschen deshalb die Verweisung in den zuständigen Ausschuss - meiner Meinung nach ist es der Bauausschuss, weil der die Grünflächenvergabe vornimmt -, zur Klärung folgender Fragen:

Erst einmal wollen wir im Ausschuss dargelegt haben, wie viele Sozialunternehmen und mit welchen Kapazitäten sich für die Grünflächenpflege zur Verfügung stellen werden und können, und eine Beratung im Bauausschuss gemeinsam mit der zentralen Vergabestelle. Welche Ausschreibungsmodelle sind für diese Vergabe möglich, und wie muss man die

Vergabe dann entsprechend gestalten. Weiterhin wollen wir dann eine genaue Auflistung der Flächen, die für das beabsichtigte Mahdregime in Frage kommen. - Soviel zur Verweisung in den Bauausschuss.

Mir ist aber noch eine Sache besonders wichtig. Die hat mich sehr geärgert bei der Begründung in der Verwaltungsvorlage, auf der Seite 2. Ich zitiere dazu: Des Weiteren ist zu prüfen, welche besonderen Bedürfnisse der beschäftigten Menschen mit Beeinträchtigungen zu berücksichtigen sind. So sind beispielsweise Fragen zu den Einsatzorten zu klären wie: Bedarf es umgrenzter geschützter Flächen oder sind auch Arbeiten im Verkehrsgrün vorstellbar. Das zeigt, dass sich die zuständige Verwaltungsstelle bisher mit inklusiven Unternehmen nicht beschäftigt hat. Beispielsweise macht die Lebenshilfe in ganz Ettlingen und auch bei vielen namhaften Unternehmen in der Region die gesamte Grünflächenpflege. Für die Sozialunternehmen ist es selbstverständlich, entsprechend ihrer Kapazitäten Angebote abzugeben, und sie sorgen selbst, wie jedes andere Unternehmen auch, für die Sicherheit ihrer Mitarbeiter.

**Stadtrat Borner (GRÜNE):** Der Antrag der SPD hat unsere Sympathie. Aber er ist doch wesentlich zu kurz gesprungen. So, wie vorgeschlagen, wird es nicht funktionieren. Daher sollten wir dieses berechnete Anliegen wesentlich weiter und mutiger denken. Wir begrüßen die Bereitschaft der Stadtverwaltung, dass sie sich dem Sachverhalt annimmt und eine umfangreiche juristische Prüfung anregt.

Die Fraktion der GRÜNEN möchte jedoch noch einen weiteren Aspekt in diese Prüfung einbeziehen. Wir sollten über die Gründung eines eigenen städtischen Sozialunternehmens in Kooperation mit dem Jobcenter Stadt Karlsruhe nachdenken. In diesem Unternehmen könnten einfache städtische Aufträge abgearbeitet werden. Auch eine Weiterentwicklung der Arbeitsförderungsbetriebe Karlsruhe wäre hierfür denkbar. Wir schlagen daher vor, dass der Antrag in den Sozialausschuss beziehungsweise in den Aufsichtsrat der Arbeitsförderungsbetriebe verwiesen wird. Dort sollten dann auch Vertreter des Jobcenters teilnehmen.

**Stadtrat Wohlfel (KULT):** Zunächst einmal gilt, Verträge sind einzuhalten. Die derzeitigen Verträge der Stadt Karlsruhe laufen bis 31.12.2021. Wenn wir keine Vertragsstrafen haben wollen, haben wir also erst einmal bis 1. Januar 2022 Zeit, wenn dann die nächsten Verträge beginnen, das entsprechend vorzubereiten und es ausführlich in den Ausschüssen zu beraten. Ich möchte darauf hinweisen, dass man natürlich auch die Fachlichkeit der Grünflächenpflege achten muss. Denn es gibt durchaus auch Umweltaspekte zu beachten, dass es richtig gehandhabt wird.

Beispielsweise habe ich es erlebt in meinen Zivildienst beim Aueninstitut in Rastatt. Da wurden auch von öffentlicher Hand die Grünflächen gepflegt. Dann hat man sich regelmäßig aufgeregt, dass die geschützten Wildreben in den Rheinauen um Rastatt weggemacht wurden, wenn die Wiesen abgemäht wurden. Von daher bitte ich auch beim Einsatz von Sozialunternehmen und Sozialträgern darauf zu achten, dass die Fachlichkeit stimmt, dass es Unternehmen sind, die wissen, was sie tun, dass sie auch die entsprechenden Maschinen haben. Auch wäre es schlecht, wenn die Lose so verteilt werden, dass auf einer Fläche mehrere Unternehmen tätig sind, wo die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut, dass dann die einen eine Wildblumenwiese anpflanzen auf Wunsch der Stadt und die anderen die wieder weg machen, oder ähnliches. Das sind alles Umweltaspekte, die dabei zu beach-

ten sind. Von daher hätte ich auch gedacht, dass neben dem Bauausschuss der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit, in dem wir bisher auch das Mahdregime diskutiert haben, der zuständige Ausschuss wäre. Aber das kann sich die Stadtverwaltung alles ganz genau überlegen, was sie für die zuständigen Ausschüsse hält. Wir haben wahrgenommen, dass der Antragsteller den Antrag verwiesen haben möchte. Von daher belasse ich es jetzt dabei.

**Der Vorsitzende:** Wir müssen uns einigen, in welchen Ausschüssen wir es noch beraten. Mein Vorschlag wäre, Herr Stadtrat Wohlfeil, dass wir jetzt nicht auch noch alle Aspekte, die irgendetwas mit Grünfläche zu tun haben, dazu bringen. Für mich ist klar, wir beauftragen nur Firmen, die die Fachlichkeit erbringen. Wir beauftragen normalerweise auch nur Firmen, die sich dem Wettbewerb stellen. Insofern komme ich nicht ganz klar mit der Aussage, in Ettlingen kommen die zum Zug. Denn die müssen sich dort genauso dem Wettbewerb stellen. Und der Aussage, die Sie in Ihrer Ziffer 2 suggerieren, man müsste es ihnen zuerst zur Ausführung anbieten, das klingt so, als wenn ich es zuerst den Sozialen gebe und den anderen nicht. Das ist nicht das, was wir im Rahmen des Vergabeverfahrens ernsthaft betreiben können. Insofern bin ich dankbar für den Vorschlag, dass wir es in die Ausschüsse geben.

Ich möchte noch auf die Situation hinweisen, dass wir durch die neue Bundesgesetzgebung jetzt auch Fünfjahresverträge eingehen können mit am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen, wo wir nicht den Nachweis erbringen müssen, dass es eine zusätzliche Arbeit ist. Das eröffnet uns noch einmal völlig neue Wege. Auch das könnte eine Variante sein, die man mit in diesem Gesamtkombination mitaufnimmt. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen auch für 2020 für solche Stellen schon einmal die notwendigen Betreuungs- und sonstigen Mittel eingestellt. Das wäre sowieso einmal ein Thema, wo man mit dem Jobcenter in dem entsprechenden Ausschuss eine vertiefte Diskussion führen sollte, und wir dann noch klären, läuft das über den Personalticker der Stadt oder sollten wir das nicht über die Arbeitsförderungsbetriebe machen, weil wir dann noch die Parallele Sozialarbeit und auch das Coaching bekommen. Denn das ist bei den Bundesförderungen auch vorgesehen. Das ist auch ein Novum, dass wir dafür Geld bekommen.

Insofern würde ich meinen, der Sozialausschuss sollte sich vor allem erst einmal in Abstimmung mit der Vergabestelle um diese sozialrechtlichen und Vergabefragen kümmern. Aber ich bin auch für jeden anderen Ausschuss dankbar. Wenn vielleicht die Antragsteller das klären können.

**Stadträtin Fischer (SPD):** Mir war es insbesondere wichtig, auch im Bauausschuss diese Information weiterzugeben. Denn ich glaube, es ist nicht bekannt, dass beispielsweise die Lebenshilfe, Initial und viele andere, wirklich arbeitende und gute Bautrupps haben, die auch am Wettbewerb teilnehmen können. Da geht es mir jetzt darum, dass man Spielräume im Vergaberecht nutzen kann, um auch diese Unternehmen zu berücksichtigen. Ich weiß, der Bautruppp bei der Lebenshilfe macht wirklich halb Ettlingen, der macht bei großen Firmen die Arbeiten, genauso wie jedes andere Unternehmen. Deshalb ist es mir sehr wichtig, dass dieses Wissen auch in diesem Ausschuss, der für die Vergaben zuständig ist, vermittelt wird.

**Der Vorsitzende:** Ich mache Ihnen den umgekehrten Vorschlag. Wir sollten erst das Sozialrechtliche klären, und Sie sollten sich über das Modell einigen. Mit dem Modell gehen wir

dann in den Bauausschuss und sagen, wir haben hier ein Modell. Welche Eurer Aufträge passen da hinein? Es kann auch gleich aus den entsprechenden Ämtern, die infrage kommen, es sind jetzt nicht so furchtbar viele, insbesondere das Gartenbauamt ist hier angesprochen worden, ein Vertreter in den Sozialausschuss kommen und mitdiskutieren. Das ist nicht das Problem. Aber die anderen Hürden scheinen mir die entscheidenderen zu sein. Erst danach kläre ich dann, auf welchen Flächen in welchen Vergabelosen mache ich das.

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Danke an die SPD. Der Antrag hätte von uns kommen können, wenn wir hätten Anträge stellen können. Aber das kommt noch. Es ist ein sehr guter Antrag. Ich kenne viele Unternehmen, die nicht städtisch oder staatlich sind, sondern die sind privatwirtschaftlich organisiert, die sehr viele Menschen, die nicht aus dem ersten Arbeitsmarkt kommen, eingestellt haben und dann auch solche Angebote machen. Wir sollte nicht nur an städtische Möglichkeiten denken, sondern auch darüber hinaus. Wie kann Arbeit von der Stadt auch an solche Unternehmen vergeben werden? Grundsätzlich: Hervorragende Richtung dieses Antrags. Wir müssen solche Menschen verstärkt in Arbeit bringen.

**Der Vorsitzende:** Vielen Dank. Damit haben wir das Verfahren geklärt.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
3. April 2019